

Entwurf

Runderlass

Abteilung IV (HaPol)
305-00 RE -IV- 4587/53

Bonn, den 10. März 1953

Eilt sehr

2

An

1) sämtliche diplomatische und berufskonsularische
Auslandsvertretungen

2) Vor Abgang: Betr.: Weitere wirtschaftliche Integration der Mitglieder-
staaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle
Herrn Ges. Prof. und Stahl
Dr. Ophéls
m. d. B. am *Stiefelhaus*

Bezug: RE vom 3.3.53 -305-00 RE -IV-4505/53 betr. Europäische
Wirtschaftliche Integration
Mitzeichng. Rückgabe bis Montag, 9.3. erbeten.
Bei der Tagung der sechs Aussenminister der Mitglie-

3) Wv. Abtlg. IV *7. Stück 1073. bei Pt. 81. Satz u. 207.*
derstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und
Stahl in Rom am 24./25. Februar 1953 wurde auch die Frage
einer weiteren wirtschaftlichen Integration dieser Staaten
eingehend erörtert. Als Grundlage der Diskussion diente
hierbei eine den übrigen Regierungen von der niederländi-
schen Regierung am 14.2.1953 zugeleitete Note, in welcher
die Schaffung eines gemeinsamen Marktes der sechs Länder
in der Form einer Zollunion (Communauté tarifaire) vor-
geschlagen wird. Für den Fall, dass die Durchführung der
Maßnahmen im einzelnen ernste wirtschaftliche Störungen
hervorrufen sollte, sieht das holländische Projekt gewisse
Schutzklauseln vor, über deren Zulässigkeit hierdurch die
Gemeinschaft, notfalls auch im Wege der Mehrheitsabstimmung,
entscheiden soll. Zur Behebung etwaiger im Laufe des wirt-
schaftlichen Integrationsprozesses auftretender Schwierig-
keiten ~~xxxx~~ unter Betonung des Prinzips der gemeinsamen

Eingeg.: 10. MRZ. 1953
Erfertigt: _____
Lesen: _____
12.3.53

Verantwortung der Länder finanzielle und sonstige Maßnahmen vorgesehen.

Nach niederländischer Ansicht, dieser Standpunkt wurde auch in der Diskussion vom niederländischen Aussenminister Beyen nachdrücklich unterstrichen, kann eine Zusammenfassung politischer Zuständigkeiten in der Europäischen Gemeinschaft nur unter der Voraussetzung akzeptiert werden, dass ihr pari passu auch bestimmte Kompetenzen auf wirtschaftlichem Gebiet von vornherein zugesprochen werden. Die holländische Regierung wünscht deshalb die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in das Vertragsdokument über die Europäische Politische Gemeinschaft.

Die holländische Initiative ist von Seiten der Bundesregierung insofern begrüsst worden, als auch nach deutscher Ansicht die politische Gemeinschaft zu ihrer Festigung einer wirtschaftlichen Untermauerung bedarf. ~~Auch das Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Marktes wird von der Regierung grundsätzlich akzeptiert.~~ Der von der niederländischen Regierung für die Verwirklichung dieses Zieles vorgeschlagene Weg der Zollunion erscheint dagegen nach deutscher Auffassung wenig Erfolg versprechend. Auch nach einem Abbau oder sogar gänzlicher Abschaffung der Zölle zwischen den sechs Ländern würden noch andere handelspolitische Maßnahmen ergriffen werden können (quantitative Einfuhrbeschränkungen, Währungsmanipulationen und andere Formen der Wettbewerbsverfälschung), die es den Ländern

gegebenenfalls ermöglichen würden, sich gegen die Einfuhr unerwünschter Waren weitgehend abzusichern. Nach Auffassung der Bundesregierung ist es vielmehr wesentlich, zu einem Einvernehmen über die Währungs-, Kredit- und Finanzpolitik zu kommen, weil die Koordinierung dieser entscheidenden Maxime der Wirtschaftspolitik auch den Abbau der übrigen ^Handels-hemmnisse wesentlich erleichtern würde.

Die Ausführungen von de Gasperi und van Zeeland in Rom liessen erkennen, dass der Standpunkt der Bundesregierung von der italienischen und der belgischen Regierung in vollem Umfange geteilt wird. Es erscheint ferner nicht ausgeschlossen, dass auch die niederländische Regierung für ein Vorgehen auf diesem Wege zu gewinnen ist, da sich aus der mündlichen Erläuterung des niederländischen Vorschlages durch Aussenminister Beyen ergab, dass die niederländische Regierung ihre Vorschläge als einen Vorstoss in Richtung auf eine allgemeine wirtschaftliche Integration interpretiert wissen will. Schwierigkeiten werden sich dagegen - abgesehen von den luxemburgischen Bedenken gegen eine Teilaufgabe der Souveränität in wirtschaftlichen Fragen - vor allem aus der Haltung Frankreichs ergeben. Bidault verhielt sich gegenüber dem Gedanken, der Europäischen Politischen Gemeinschaft Kompetenzen wirtschaftlicher Art zu übertragen, sehr reserviert. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, dass die französische Regierung offenbar eine Zeitlang die sich aus dem Inkrafttreten der Montanunion für die französische Wirtschaft ergebenden

Rückwirkungen beobachten will, ehe sie sich zu weiteren Schritten in dieser Richtung entschliesst.

Auf Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers beschlossen die Aussenminister, die durch das niederländische Memorandum aufgeworfenen Fragen bei ihrer nächsten Tagung in Strassburg am 9. März ^{Agynbmannfahrt} erneut zu erörtern. Bis zu diesem Zeitpunkt wird ihnen auch der auf parlamentarischer Ebene ausgearbeitete Entwurf des Vertrages über die Europäische Politische Gemeinschaft vorliegen. Unter Berücksichtigung dieser parlamentarischen Vorarbeiten soll versucht werden, eine Angleichung der Standpunkte herbeizuführen.

i. A.
v. Mairan
M 3

Sh 5/2